

Warnung vor Hungersnot

Mit einer Wirtschaftspolitik, die militärischen Ausgaben weit höhere Priorität einräumt als der Sicherung der Grundversorgung, hat die burmesische Militärregierung eine erste Nahrungsmittelknappheit heraufbeschworen. Zu diesem Ergebnis kommt die in Hong Kong ansässige Menschenrechtsorganisation *Asian Human Rights Commission* in ihrem Bericht *Voice of a Hungry Nation*, der am 20.10. 99 vorgestellt wurde. Das Papier beruht auf Berichten von 26 Personen, die Burma drei Jahre lang bereisten und die aktuelle Lage in Wort und Bild ausführlich dokumentierten. Besonders bedroht von Hunger seien ausgerechnet die Menschen im als »Reisschüssel Asiens« bekannten Zentralburma. »Die Verantwortung für diese Situation liegt ausschließlich bei der Militärregierung«, erklärte H. Suresh, einer der Verfasser des Berichts, der vor seiner Pensionierung Richter am Obersten Indischen Gerichtshof war. »Bauern werden von ihrem Land vertrieben, müssen horrend Steuern zahlen oder werden gezwungen ihre Erträge weit unter Marktpreis an den Staat zu verkaufen.« Häufig werde die Ernte auch von der Armee zerstört, um Dorfbewohner für die angebliche Unterstützung von Guerillagruppen zu bestrafen. Auf dem Weltmarkt taucht unterdessen immer mehr burmesischer Reis auf. Wurden 1997 noch 15.328 t exportiert, so waren es in den ersten elf Monaten von 1998 bereits 86.233 t. »Die Behörden konfiszieren den Reis oder kaufen ihn den Bauern weit unter Marktpreis ab. Auf dem Weltmarkt wird er dann zum regulären Preis verkauft. Die Differenz in dringend benötigten Devisen steckt die Junta in die eigene Tasche«, so Suresh. Das Vorgehen der Regierung sei ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, gegen das die UNO vorgehen müsse. *Voice of a Hungry Nation* ist im Internet zu finden unter www.hrschool.org/tribunal/report/index.html.

vgl. AP 22.10.99; *Financial Times* 21.10.99

Die Junta festigt die Beziehungen zur Drogenarmee

Burmas Geheimdienstchef Generalleutnant Khin Nyunt war am ersten Oktober mit dem Drogenkönig Wei Hsueh-kang von der Vereinigten Armee der Wa-Staaten zusammen, zur gleichen Zeit als fünf Studenten die burmesische Botschaft in Bangkok besetzten und ein Ende der Militärherrschaft forderten. Khin Nyunt inspizierte den Bau des neuen Hauptquartiers in »46«, so benannt nach Weis 46. Brigade. Weis Soldaten sind seit den achtziger Jahren in der Gegend, als er begann, Khun Sas Kontrolle über den Drogenhandel im Goldenen Dreieck herauszufordern. Der halb-Shan, halb-chinesische Khun Sa kommandierte die stärkste ethnische Anti-Rangun Armee.

»Seine Anwesenheit in »46« unterstreicht die engen Beziehungen zwischen Rangun und Wei und die Bedeutung, die Rangun der Entwicklung der Projekte Weis und der Vereinigten Armee der Wa-Staaten beimisst«, so eine Quelle mit Kontakten auf beiden Seiten der Grenze. Wei ist inzwischen einer der bedeutendsten Drogenkönige im Goldenen Dreieck, seit Khun Sa im Januar

1996 kapitulierte. Millionen von Amphetamin-Pillen, die von Weis Gruppe produziert werden, überfluten jeden Monat den thailändischen Markt. Heroin gelangt bis in die USA. Wei wird sowohl von thailändischen als auch amerikanischen Behörden gesucht.

Khin Nyunt besuchte außerdem Tachilek, ein wichtiger Handelspunkt zwischen Burma und Thailand, bevor der Befehl kam, die Grenzen zu schließen. Der Besuch war Teil einer regelmäßigen Tour durch die Grenzstädte.

Die burmesische Regierung wurde von den USA angeklagt, den Drogenhandel bewaffneter ethnischer Minderheiten zu unterstützen und Drogenflüchtlinge zu beherbergen. Rangun dagegen behauptet, sein Bestes zu tun, um den Drogenhandel zu bekämpfen. Ihr Weg, mit dem Problem umzugehen, sei nur pragmatischer als Amerikas missglückte Maßnahmen.

Rangun, so wird vermutet, habe der Vereinigten Armee der Wa-Staaten das Gebiet Khun Sas im Austausch für seinen Sturz versprochen.

vgl. BP 31. Oktober 1999

Menschenrechtssituation hat sich verschlechtert

Die Menschenrechtssituation in Burma hat sich im Laufe des vergangenen Jahres weiter verschlechtert. Das geht aus dem jüngsten Bericht von UN-Sonderberichterstatter Rajsoomer Lallah hervor. Der Einsatz von Zwangsarbeitern hat demnach noch weiter zugenommen. Bereits achtjährige Kinder müßten unter sklavereiähnlichen Bedingungen arbeiten. Vergewaltigungen, extralegale Hinrichtungen, Mißhandlungen von Zwangsarbeitern und die Unterdrückung ziviler und politischer Rechte hätten sich weiter verstärkt. »Von Rechtsstaatlichkeit ist Burma weiter entfernt denn je«, so Lallah.

vgl. AP 28.10.99

EU verlängert Sanktionen

Die Europäische Union hat am 11. Oktober ihre Sanktionen gegen Burma um weitere sechs Monate verlängert, weil die Menschenrechtssituation dort »weiterhin Anlaß zu größter Besorgnis« gebe. In einer gemeinsamen Erklärung forderten die EU-Außenminister das Militärregime in Rangun auf, schnelle und konkrete Schritte zu unternehmen, um seinen Respekt für die Menschenrechte und den Willen zur Förderung der Demokratie unter Beweis zu stellen. Die EU-Sanktionen, die erstmals 1996 verhängt wurden, umfassen Visabeschränkungen für Junta-Angehörige und hohe Beamte, ein Waffenembargo sowie den Entzug von Zollpräferenzen.

vgl. AP 11.10.99; *BBC World* 12.10.99

nachrichten

Redakteure starben im Gefängnis

Zwei Redakteure der Zeitung *Kyemon*, U Hla Han und U Tha Win, kamen Anfang Oktober bei einer Befragung durch den militärischen Geheimdienst ums Leben. Sie waren zusammen mit 25 weiteren Mitarbeitern der Zeitung verhaftet worden, weil in der *Kyemon*-Ausgabe vom 25. September ein Bild General Khin Nyunts neben der Überschrift »Der weltberühmte Betrüger« erschienen war. Bild und Text standen zwar in keinem Zusammenhang. Allein die Kombination der Elemente reichte in den Augen der Behörden jedoch für eine Festnahme aus. Nach Angaben von Familienangehörigen, die die Leichname von U Hla Han und U Tha Win vor deren Verbrennung für wenige Minuten sehen durften, wiesen beide Redakteure Verletzungen auf, die offenbar von schweren Schlägen herrührten. Von den Behörden wurden die Familien angewiesen, über den Vorfall absolutes Stillschweigen zu bewahren. Sieben Mitarbeiter von *Kyemon* befinden sich weiterhin in Haft. Bereits in der Vergangenheit hatten unbedacht gewählte Beiträge die Redakteure staatlich kontrollierter Zeitungen in Schwierigkeiten gebracht. Im Februar hatte *Myanmar Alin* den Zorn der Herrschenden auf sich gezogen, weil es die »unablässigen Bemühungen der Regierung für die Förderung des Opiumanbaus« gelobt hatte.

vgl. DVB 7.10.99; *BBC World* 8.10.99